

Waffenverbotszone in Kierspe: Kontroverse um Sicherheit und Zuständigkeit

Rat debattiert Waffenverbotszone in Kierspe: Diskussion über Sicherheit, Zuständigkeit und Polizeisicht in der Gemeinderatssitzung.

Neue Vorschläge für mehr [Sicherheit in der Gemeinde diskutiert](#)

[Die jüngste Gemeinderatssitzung in Kierspe war geprägt von kontroversen Diskussionen über die Einführung einer Waffenverbotszone an verschiedenen öffentlichen Orten. Die SPD-Fraktion hatte einen Antrag eingebracht, der die Verwaltung beauftragte, die Möglichkeit einer solchen Zone am Forum, an der Gesamtschule, auf dem Sportgelände und im Volme-Freizeitpark zu prüfen. Dies stieß jedoch nicht bei allen Ratsmitgliedern auf Zustimmung.](#)

[Markus Pempe äußerte Bedenken, ob die Gemeinde überhaupt die Zuständigkeit für die Einrichtung einer Waffenverbotszone hat. Laut Paragraph 42 des Waffengesetzes liegt die Autorität darüber bei der Landesregierung.](#)

genauer gesagt beim Landesamt für zentrale polizeiliche Dienste in Verbindung mit dem Innenministerium. Die örtliche Polizei muss ihre Erkenntnisse über vorangegangene Waffenstraftaten oder gefährliche Individuen mit Waffen vorlegen, um die Delegation einer solchen Zone zu ermöglichen.

In der hitzigen Debatte äußerte Peter Christian Schröder von der FWG-Fraktion seine Skepsis gegenüber der Wirksamkeit einer Waffenverbotszone. Er betonte, dass Deutschland bereits strenge Waffengesetze hat und eine solche Zone das Sicherheitsgefühl nicht zwangsläufig erhöht. Auch Clemens Wieland von der UWG war der Meinung, dass es kein akutes Waffenproblem in der Gemeinde gibt, was von Bürgermeister Olaf Stelse unterstützt wurde. Die Kreispolizeibehörde bestätigte, dass keine signifikante Zunahme von Waffenstraftaten in Kierspe zu verzeichnen ist.

Trotz der Kontroverse unter den Ratsmitgliedern über die Sinnhaftigkeit einer Waffenverbotszone waren sich alle einig, dass die Sicherheit aller Bürger oberste Priorität hat. Alternativvorschläge wurden diskutiert, darunter die Einbindung des kommunalen Ordnungsdienstes und die verstärkte Präsenz von Sicherheitskräften an den

besagten Standorten. Es bleibt abzuwarten, wie die Gemeinde weiterhin auf das Thema der öffentlichen Sicherheit reagieren wird.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de